

Agglomerationsprogramm AareLand 5. Generation Behördenvernehmlassung/Mitwirkung

Stellungnahme

Persönliche Angaben

1. Ich nehme an der Behördenvernehmlassung/Mitwirkung teil als:

<input type="checkbox"/>	im Namen des Gemeinderats
<input type="checkbox"/>	im Namen eines Regionalverbands
<input checked="" type="checkbox"/>	im Namen einer politischen Partei
<input type="checkbox"/>	im Namen eines Interessenverbands
<input type="checkbox"/>	als Privatperson
<input type="checkbox"/>	Sonstige

2. Name der Gemeinde / der Partei / des Verbands (Privatpersonen beantworten diese Frage nicht):

SVP Kanton Luzern

3. Amt / Abteilung / Funktion (Privatpersonen beantworten diese Frage nicht):

Fraktionssekretariat

4. Vorname / Nachname:

Cornelia Birrer-Kirchhofer

5. Kontaktadresse:

Sekretariat / Postfach, 6000 Luzern

6. E-Mail:

fraktio@svplu.ch

Grundsätzliche Rückmeldung zum Agglomerationsprogramm AareLand der 5. Generation

7. Sind Sie mit dem Agglomerationsprogramm AareLand der 5. Generation grundsätzlich einverstanden?

<input type="checkbox"/>	Ja
<input checked="" type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	Keine Antwort

8. Womit sind Sie nicht einverstanden? (Frage wird nur gestellt, wenn man „Nein“ auswählt):

Wir begrüßen zwar prinzipiell die Erarbeitung einer überregionalen Verkehrs- und Siedlungsstrategie. Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms der 5. Generation werden jedoch durch ein breites Gremium erarbeitet, welches hierfür aber nie demokratisch legitimiert wurde. Es werden Pläne und Massnahmen beschlossen und eidgenössische und kantonale Gelder verteilt ohne direkten Einbezug des Kantonsrates oder der Luzerner Bevölkerung. Die regionale Einflussnahme von Entwicklungsträgern und anderen zwischenstaatlichen Ebenen und ihre umfassende Einflussnahme auf Verkehr und Siedlungsentwicklung sind massiv und werden zunehmend grösser. Die Autonomie der Gemeinden wird ausgehebelt, da sie zur Umsetzung der Programme verpflichtet sind. Die kantonalen Parlamente werden verpflichtet die Bauprogramme aus dem Agglomerationsprogramm zu priorisieren, da sonst die Bundesgelder verfallen. Dies führt zu einer massiven Benachteiligung der ländlichen Gemeinden, welche nicht Teil eines Agglomerationsprogramm sind. Diese Unterwanderung der demokratischen Mitsprache ist klar abzulehnen. Die Entscheide im Agglomerationsprogramm müssen in die parlamentarischen und demokratischen Prozesse eingebunden werden.

Die Ursache für die Zersiedelung, den Land- und Naturverlust und die Engpässe beim MIV und ÖV, ist klar die massive Zuwanderung. Die Analyse der vergangenen Jahre seit dem Beginn der Agglomerationsprogramme zeigt eines klar, nämlich dass die Massnahmen der Programme 1G bis 4G die Auswirkungen der ungebremsten Zuwanderung nie kompensieren konnten. Entsprechend erscheint es aus Sicht der SVP mehr als gerechtfertigt hier eine umfassende Diskussion der Thematik zu führen. Die Problematik der ungebremsten Zuwanderung auf die Zersiedelung, den Verkehr und den Kulturlandverlust sollte umfassend diskutiert und entsprechende Lösungsansätze präsentiert werden.

Sie können hier eine Rückmeldung zu den Grundsätzen des Agglomerationsprogramms Aare- Land der 5. Generation abgeben (optional, wenn man „Ja“ oder „Keine Antwort“ auswählt):

Rückmeldungen zum Zukunftsbild (Hauptbericht Seite 85 - 95)

9. Sind Sie mit dem Zukunftsbild einverstanden?

<input type="checkbox"/>	Ja
<input checked="" type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	Keine Antwort

10. Womit sind Sie nicht einverstanden? (Frage wird nur gestellt, wenn man „Nein“ auswählt):

«Aare-Region» als Raum ohne Grenzen:

Wir begrüßen prinzipiell die Erarbeitung einer überregionalen Verkehrs- und Siedlungsstrategie. Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms der 5. Generation werden durch ein breites Gremium erarbeitet, welches hierfür aber nie demokratisch legitimiert wurde. Es werden Pläne und Massnahmen beschlossen und eidgenössische und kantonale Gelder verteilt ohne direkten Einbezug des Kantonsrates oder der Luzerner Bevölkerung. Die regionale Einflussnahme von Entwicklungsträgern und anderen zwischenstaatlichen Ebenen und ihre umfassende Einflussnahme auf Verkehr und Siedlungsentwicklung sind massiv und werden zunehmend grösser. Die Autonomie der Gemeinden wird ausgehebelt, da sie zur Umsetzung der Programme verpflichtet sind. Die Agglomerationsprogramme

haben damit nicht nur ein grosses Demokratiedefizit, sondern ihre einseitigen und ideologischen Massnahmen sind weit davon entfernt das politische Meinungsspektrum abzubilden.

Starke und vernetzte «Aare-Zentren»:

Die fixen und starren Vorgaben für die weitere Entwicklung der verschiedenen Gemeinden ist undemokratische Planwirtschaft. Wir vermissen eine breite demokratische Abstützung und die Möglichkeit für die Bürger auf die einzelnen Massnahmen Einfluss nehmen zu können. Durch die geplanten Massnahmen werden Bauland und Mieten in den Zentren rar und folge dessen massiv steigen, ohne, dass dafür ein wirtschaftlicher Mehrwert besteht. Die SVP fordert eine liberale Wirtschaftsordnung, die der Staat zwar auch unterstützend begleitet, aber nicht die wirtschaftliche Entwicklung durch klima- und siedlungspolitische Massnahmen negativ beeinflusst und ideologisch bevormundet.

Weiterentwickelte «Aare-Korridore»:

Die fixen Vorgaben für die weitere Entwicklung der verschiedenen Gemeinden sind absolut undemokratisch. Wir vermissen auch hier eine breite demokratische Abstützung und die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger auf die einzelnen Massnahmen Einfluss nehmen zu können. Die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Siedlungen der Agglomeration in den kommenden Jahrzehnten sind schwierig vorherzusagen. Es ist jedoch klar belegt, dass eine Verdichtung der Siedlungen das Klima in den Sommermonaten massiv beeinflussen kann. Ebenso wird der Wasserabfluss im Falle von Starkregen massiv beschleunigt. Dies sollte entsprechend bei der Abwägung der geplanten Massnahmen auch erwähnt werden.

Auf die Siedlungsentwicklung abgestimmte «Aare-Logistik»:

Die Planung der Siedlungsentwicklung und der entsprechenden Logistikzentren entlang scheint auf den ersten Blick absolut plausibel und richtig. Es zeigt sich mit dem zweiten Blick, dass im Betrachtungsperimeter vor allem wertvolle Fruchtfolgeflächen dem steigenden Landbedarf der Transport- und Lagerungsindustrie zum Opfer fallen. Die Ursache für die Zersiedelung, den Landverlust und die Engpässe beim MIV und ÖV, ist auch hier die massive Zuwanderung.

Aufgewertete «Aare-Landschaft»:

Es ist zu begrüessen, dass die Bevölkerung der Agglomeration naturnahe Erholungszonen zur Verfügung hat. Demgegenüber darf eine Naturzone, die zu allen Tageszeiten von der Bevölkerung begangen wird, wohl kaum als ökologisch wertvolle Aufwertung der Landschaft oder des See- und Flussufers bezeichnet werden. Der Bau von Radwegen, Picknicktischen oder Spielplätzen ist gemäss der eidgenössischen Gewässerschutzverordnung Art. 41c im Gewässerraum nicht erlaubt.

Vernetzte «Aare-Mobilität»:

Unter dem Begriff "Gestaltung und die Aufwertung des Strassenraums" sind wohl Massnahmen wie Tempo 30 und Einengung der Strassenbreiten inkludiert. Die SVP vertritt hier klar die Meinung, dass auf verkehrsorientierten Strassen innerorts grundsätzlich Tempo 50 gelten soll. Auf Nebenstrassen kann Tempo 30 eingeführt werden, wenn die lokalen Behörden dies wünschen. Diese Regelung respektiert die Bedürfnisse der Bevölkerung und widerspricht den Absichten des Agglomerationsprogramms 5G Verkehrslenkung und Dosierung innerorts einzuführen.

Sie können hier eine Rückmeldung zum Zukunftsbild abgeben (optional, wenn man „Ja“ oder „Keine Antwort“ auswählt):

Rückmeldungen zu den Teilstrategien (Hauptbericht Seite 106 - 168)

11. Sind Sie mit den Teilstrategien einverstanden?

<input type="checkbox"/>	Ja
<input checked="" type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	Keine Antwort

12. Womit sind Sie nicht einverstanden? (Frage wird nur gestellt, wenn man „Nein“ auswählt):

Siedlung:

Die Ursache für die Zersiedelung, den Land- und Naturverlust und die Engpässe beim MIV und ÖV, ist die massive Zuwanderung. Die Analyse der vergangenen Jahre seit Beginn der Agglomerationsprogramme zeigt klar, dass die Massnahmen der Programme 1G bis 4G die Auswirkungen der ungebremsten Zuwanderung nie kompensieren konnten. Entsprechend erscheint es aus Sicht der SVP mehr als gerechtfertigt hier eine umfassende Diskussion der Thematik zu führen. Die Problematik der ungebremsten Zuwanderung auf die Zersiedelung, den Verkehr und den Kulturlandverlust sollte umfassend diskutiert und Lösungsansätze präsentiert werden. Die fixen Vorgaben für die weitere Entwicklung der verschiedenen Gemeinden sind absolut undemokratisch. Wir vermissen eine breite demokratische Abstützung und die Möglichkeit für die Bürger auf die einzelnen Massnahmen Einfluss nehmen zu können. Die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Siedlungen der Agglomeration in den kommenden Jahrzehnten sind schwierig vorherzusagen. Es ist jedoch klar belegt, dass eine Verdichtung der Siedlungen das Klima in den Sommermonaten massiv beeinflussen kann. Ebenso wird der Wasserabfluss im Falle von Starkregen massiv beschleunigt. Dies sollte entsprechend bei der Abwägung der geplanten Massnahmen auch erwähnt werden.

Landschaft und Freiraum:

Die fixen Vorgaben für die weitere Entwicklung der verschiedenen Gemeinden sind absolut undemokratisch. Wir vermissen eine breite demokratische Abstützung und die Möglichkeit für die Bürger auf die einzelnen Massnahmen Einfluss nehmen zu können. Die Ausführungen mögen aus der Sicht der Bewohner der Zentren und ihren Behörden stimmig sein. Die Auswirkungen auf die ländliche Bevölkerung der Umgebung sind aber enorm. Es werden Verkehrsregime erarbeitet, die für die ländlichen Regionen in der Nachbarschaft massive Auswirkungen haben. Zudem werden mit dem Agglo-Programm 5G und immense finanzielle Mittel gebunden, welche der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur der Landschaft entzogen werden. Die Freiräume im Siedlungsgebiet werden durch Neueinzonungen oder Umzonungen immer seltener, denn nur so lassen sich die dargestellten Zukunftsbilder realisieren. Der Siedlungsdruck wird entsprechend grösser und die Naturräume seltener. Die geplante Erstellung von Velonetzen wird die Landschaft zusätzlich durchschneiden und wird massiv viel Land brauchen. Die angestrebte Politik wird auf lange Sicht die Grünflächen im Perimeter massiv unter Druck setzen. Der Landbedarf wird in den 199 Seiten nie erwähnt, was die Arbeit der Entwickler im besten Falle als einseitig betrachten lässt.

Verkehr:

Unter dem Begriff "Gestaltung und die Aufwertung des Strassenraums" sind wohl Massnahmen wie Tempo 30 und Einengung der Strassenbreiten inkludiert. Die SVP vertritt klar die Meinung, dass auf verkehrsorientierten Strassen innerorts grundsätzlich Tempo 50 gelten soll. Auf Nebenstrassen kann Tempo 30 eingeführt werden, wenn die lokalen Behörden dies wünschen. Diese Regelung respektiert die Bedürfnisse der Bevölkerung und widerspricht den Absichten des Agglo-Programms 5G Verkehrslenkung und Dosierung innerorts einzuführen. Im Massnahmenkatalog des ÖV sind zahlreiche sehr kostspielige Projekte aufgeführt. Die meisten sind Anschlussprojekte, welche im Rahmen des DBL als notwendig erachtet werden. Daneben sind aber auch unabhängige Projekte, wie beispielsweise die Elektrifizierung der ÖV-Busse. Es fehlt eine Planung, wie diese Kosten in den Kantonen längerfristig finanziert werden sollen. Der Massnahmenkatalog des Fuss- und Veloverkehrs ist sehr kostspielig. Im Agglo-Programm 5G fehlt eine Planung, wie diese Kosten in den Kantonen langfristig finanziert werden sollen. Im Kanton Luzern ist noch unklar, ob die dargestellten Kosten nicht dem obligatorischen Finanzreferendum unterliegen. Die Planung bevorzugt den ÖV und den Langsamverkehr. Es fehlt die Planung, den MIV flüssig zu gestalten. Mobilitätsdrehscheiben sollen für alle zuverlässig erreichbar sein

Sie können hier eine Rückmeldung zu den Teilstrategien abgeben (optional, wenn man „Ja“ oder „Keine Antwort“ auswählt):

Massnahmen (Massnahmenband Seite 1 - 224)

13. Wurden in Ihrer Gemeinde die richtigen Massnahmen festgelegt?

<input type="checkbox"/>	Ja
<input checked="" type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	Keine Antwort

14. Was fehlt oder muss geändert werden? (Frage wird nur gestellt, wenn man „Nein“ auswählt)

Vom Kanton Luzern sind die drei Gemeindegebiete von Dagmersellen, Reiden und Wikon direkt betroffen. Die darin enthaltenen Massnahmen sollten den direktdemokratischen Prozessen dieser Gemeinden und dem Kantonsrat des Kantons Luzern unterstellt werden.

Sie können hier eine Rückmeldung zu den Massnahmen abgeben (optional, wenn man „Ja“ oder „Keine Antwort“ auswählt):

Weitere Kommentare und Bemerkungen

15. Haben Sie weitere Bemerkungen zum Agglomerationsprogramm AareLand der 5. Generation (optional)?

Wir begrüssen zwar prinzipiell die Erarbeitung einer überregionalen Verkehrs- und Siedlungsstrategie. Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms der 5. Generation werden jedoch durch ein breites Gremium erarbeitet, welches hierfür aber nie demokratisch legitimiert wurde. Es werden Pläne und Massnahmen beschlossen und eidgenössische und kantonale Gelder verteilt ohne direkten Einbezug des Kantonsrates oder der Luzerner Bevölkerung. Die regionale Einflussnahme von Entwicklungsträgern und anderen zwischenstaatlichen Ebenen und ihre umfassende Einflussnahme auf Verkehr und Siedlungsentwicklung sind massiv und werden zunehmend grösser. Die Autonomie der Gemeinden wird ausgehebelt, da sie zur Umsetzung der Programme verpflichtet sind. Die kantonalen Parlamente werden verpflichtet die Bauprogramme aus dem Agglomerationsprogramm zu priorisieren, da sonst die Bundesgelder verfallen. Dies führt zu einer massiven Benachteiligung der ländlichen Gemeinden, welche nicht Teil eines Agglomerationsprogramm sind. Diese Unterwanderung der demokratischen Mitsprache ist klar abzulehnen. **Die Entscheide im Agglomerationsprogramm müssen in die parlamentarischen und demokratischen Prozesse eingebunden werden.**

16. Haben Sie weitere Bemerkungen zu Massnahmen und deren Priorisierung (optional)?

Wir begrüssen zwar prinzipiell die Erarbeitung einer überregionalen Verkehrs- und Siedlungsstrategie. Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms der 5. Generation werden jedoch durch ein breites Gremium erarbeitet, welches hierfür aber nie demokratisch legitimiert wurde. Es werden Pläne und Massnahmen beschlossen und eidgenössische und kantonale Gelder verteilt ohne direkten Einbezug des Kantonsrates oder der Luzerner Bevölkerung. Die regionale Einflussnahme von Entwicklungsträgern und anderen zwischenstaatlichen Ebenen und ihre umfassende Einflussnahme auf Verkehr und Siedlungsentwicklung sind massiv und werden zunehmend grösser. Die Autonomie der Gemeinden wird ausgehebelt, da sie zur Umsetzung der Programme verpflichtet sind. Die kantonalen Parlamente werden verpflichtet die Bauprogramme aus dem Agglomerationsprogramm zu priorisieren, da sonst die Bundesgelder verfallen. Dies führt zu einer massiven Benachteiligung der ländlichen Gemeinden, welche nicht Teil eines Agglomerationsprogramm sind. Diese Unterwanderung der demokratischen Mitsprache ist klar abzulehnen.